

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

144 (28.6.1910) 2. Blatt

## Deutschland.

Berlin, 28. Juni 1910.

**Frankreichs Protest gegen die deutsche Zollserhöhung.** Wie wir schon andeuteten, hat der französische Botschafter in Berlin mit allem Nachdruck Beschwerde gegen die Erhöhung der Zölle auf Schamweinsäure und Parfümerien erhoben. Der Botschafter hob hervor, daß diese Zollserhöhungen um so auffallender scheinen, weil bei der Neugestaltung des französischen Zolltarifs Frankreich den deutschen Wünschen weitgehend Rechnung getragen habe. Die deutsche Antwortnote ging dahin, daß die Zollserhöhung lediglich eine Ergänzung der vorjährigen Reichsfinanzreform darstelle und daß der Handel Österreich-Ungarns und Italiens ebenso von denselben getroffen werde. Frankreich hat sich damit nicht beruhigt, sondern erneut Vorstellungen erhoben; es wies auf den schlechten Einbruch hin, den diese plötzlichen Zollserhöhungen in Frankreich gemacht haben. Der Botschafter ließ auch durchblicken, daß Frankreich genötigt sein könne, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen und daß es bedauerlich sein würde, wenn damit der Anfang von Missetaten gemacht werden müßte. Die Antwort der deutschen Regierung auf diese erneute Vorstellung ist noch nicht bekannt. Wenn aber in einigen deutschen Blättern darauf hingewiesen wird, daß dies eine Folge der Steuern des schwarz-blauen Bundes sei, so müssen wir das mit aller Entschiedenheit in Abrede stellen. Durch einen Antrag des Abgeordneten Erzberger erhielt vielmehr der Bundesrat die Ermächtigung, die Zölle auf diese Artikel in aller Höhe zu erhöhen; das geschah auch ein ganzes Jahr hindurch, ohne daß er aus dem Reichstag heraus hierzu aufgefordert worden wäre. Den Bundesrat trifft also die alleinige Verantwortung für alle Folgen der Maßnahme; der Reichstag hat damit gar nichts zu tun. Er wird sich nur zu überlegen haben, ob er künftig dem Bundesrat noch solche Vollmachten geben will, wenn dieser sie so ungeschickt benützt und dem Reiche Schwierigkeiten bereitet wegen der verschwindend kleinen Mehreinnahme von nicht einmal 1 Million Mark.

## Baden.

Karlsruhe, 27. Juni 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädigst geruht, den Vorstand der Filiale des Landesgewerbetums Robert Schwoeller in Furtwangen auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

**Die Dienstverhältnisse der Eisenbahner.** Lk. Karlsruhe, 24. Juni. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer hat sich in 5 Sitzungen mit der Petition der beiden Eisenbahnerverbände und den Anträgen der Abg. Mauer und Seubert beschäftigt. Sie kam zu folgendem Antrag:

1. Die Zweite Kammer wolle die Petition der beiden Verbände z. Teil A der Regierung empfehlend überweisen in folgendem Sinne:

In allen Punkten der Petition hat die Großherzogliche Regierung den Wünschen der Petenten gegenüber schon früher, zum Teil in sehr weitgehendem, Entgegenkommen bewiesen. Auch die Ausgestaltung des Instituts der Arbeitsausweise in Bezug auf eine den Bedürfnissen der Arbeiterklasse entsprechende Erweiterung ihres Einflusses auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat sich die Regierung angelegen sein lassen. Die neue Lohnordnung scheint eine zurecht befriedigende Regelung darzustellen. Im Hinblick auf die Erklärung der Regierung, auch in Zukunft auf eine Fortbildung der Verhältnisse der Arbeiterklasse bedacht sein zu wollen, weist die Zweite Kammer auf folgende Gesichtspunkte hin:

1. Eine Verminderung der Ortsgruppen für die Bemessung des Grundlohnes von 4 auf 3 ist wünschenswert.
2. Die auf Erhöhung der Zuschläge sowie des Witwen- und Waisengeldes gerichteten Bestrebungen sind nach Maßgabe der finanziellen Durchführbarkeit fortzusetzen.
3. Der Zuzug bei militärischen Übungen soll für die ganze Dauer gewährt werden.
4. Die Möglichkeit von unerwarteten Besichtigungen der Betriebe durch die Fabrikinspektion soll geschaffen werden.
5. Während des Urlaubs soll dem Arbeiter der volle auf die betreffende Zeit entfallende Arbeitslohn bezahlet werden.
6. Für in Verbindung mit dem Urlaub stehenden Reisen soll dem Arbeiter ein Freisein gewährt werden.
7. Die Großherzogliche Regierung wird ersucht, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Industrie für alle Eisenbahnbediensteten ohne Verminderung ihrer Bezüge geistlich festgelegt und annähernd ebenso normiert wird, wie dies zurzeit in der Schweiz der Fall ist.
8. Die Zweite Kammer beschließt, Großherzogliche Regierung zu ersuchen, die Arbeitszeit der Hallen-, Magazin- und Streckenarbeiter sowie der anderen gleichen Arbeiterkategorien, soweit sie eine ununterbrochene Arbeitszeit haben, auf 9 Stunden täglich festzusetzen.

Gleichzeitig wolle die Petition der Mannheimer Werftarbeiter durch die Maßnahmen der Großherzoglichen Regierung als erledigt erklärt werden.

II. Die Zweite Kammer wolle die Anträge Mauer und Gen. und Seubert und Gen. sowie die Petition des Rangier- und Wärterpersonals der Station Karlsruhe-Görsen gleichfalls für erledigt erklären.

**St. Georgen i. Schw., 26. Juni.** Als heute morgen während des Hauptgottesdienstes nach der Predigt von der Kanzel herab das übliche „allgemeine Gebet“ gehalten wurde und in demselben der Abschnitt: „Besonders bitten wir Dich, o Gott, wie Du willst, daß wir bitten wollen... für den deutschen Kaiser Wilhelm und das Kaiserliche Haus, für unsere Landesfürsten, den Großherzog Friedrich II., und das Großherzogliche Haus“, welche beide Herrscher, die uns regieren, sind, aber auch nebenbei die Landesherren ihrer evangelischen Untertanen sind, fiel uns unwillkürlich die am letzten Sonntag auf Anordnung des Badischen Oberkirchenrats in allen evangelischen Kirchen Wagens auf dem Oberlauf unserer Kirche ein, in welcher der „unerhörte Beschimpfung“, welche der römische Papst in den letzten Tagen der Reformation und der evangelischen Kirche ausgeübt habe“, die Rede war. Wir erinnern uns rührender der Auslösung eines Stadtpfarrers Kallens-Feuerbach, der nach der „Bad. Presse“ in einer Protestverammlung des Evangelischen Bundes in Mannheim gegen die päpstliche Enzyklika u. a. den empfindlichen Anspruch tat: „Das Bistum (im Sinne von Verfassung, D. Ned.) ist in der katholischen Kirche eine ständige Institution geworden.“

Es sei darauf gesagt: Wir Katholiken verurteilen niemanden, sondern wir beten für die Menschen, aus Pflichtgefühl, eingebend der Mahnung des Apostels: „Ich ermahne demnach, zuerst vor allem zu verrichten Gebete, Bitten, Fürbitten und Gebete für alle Menschen, für Könige und alle welche in Amtswürde sind, damit wir stille und ruhige Leben führen in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit.“ (1. Tim. 2, Vers 1 und 2.)

Die Nebenanderrückstellung und Vergleichung der angeführten Tatsachen ist wohl geeignet, manchem außerhalb unseres religiösen Raumes stehen zu lassen, daß man uns Katholiken vielfach nicht versteht — oder nicht verstehen will? —

Legteres aus Unkenntnis oder freiwillig? Das eine wäre beschämend, das andere tief bedauerlich.

## Badischer Landtag.

Unberechtigter Nachdruck der B.Z.K.-Berichte ist untersagt.

Zweite Kammer.  
105. öffentliche Sitzung.

BZK. Karlsruhe, 27. Juni 1910.

Präsident Hohrath eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 25 Minuten. Am Regierungstisch: Minister von Bobman und Kommissare.

Zm Einlauf befinden sich: 1. Petition des Verbandes süddeutscher Industrieller wegen Aenderung des bad. Wertsteuergesetzes vom 25. Jan. 1910. 2. Mitteilung des Herrn Abg. Freiherren von Rentingen, daß er durch Krankheit verhindert sei, den nächsten Sitzungen anzuwohnen. 3. Schreiben Sr. Erzellenz des Großh. Staatsministers und Ministers der Justiz, des Kultus und Unterrichts, des Inhalts, daß er, sowie der Herr Minister des Innern bereit seien, die Interpellation der Abg. Schmidt-Bretten und Gen. über die Verhütung von Schädigungen durch unreine Grundbuchbeamte (Druck. Nr. 71) jederzeit zu beantworten. 4. Schreiben der Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen mit 80 Exemplaren der statistischen Uebersicht der Betriebsergebnisse der Großh. bad. Staatsbahnen im Jahre 1909 für die Mitglieder des Hauses. 5. Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß diese a) den ihr vorgelegten Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zum Ortsstrafengesetz, b) den der Zweiten Kammer vorgelegten und von dieser mit einigen Änderungen angenommenen Gesetzentwurf, die Abänderung des Verwaltungsgebührengesetzes betreffend, beraten und erstern unverändert, letzteren mit einigen weiteren Änderungen angenommen habe. 6. Einladung des vortragenden Rats im Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Legationsrats Heintze zu dem am Samstag, den 9. Juli d. J., mittags 2 Uhr, zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. Hohheit des Großherzogs im kleinen Saale der Festhalle stattfindenden Festmahls.

Ueber die Aenderung des Polizeitrafgesetzbuchs berichtet namens der Justizkommission Berichterstatter Abg. Schmidt-Bretten (B. d. L.). Eine Bestimmung wendet sich gegen die Tanzkränze, unter denen polizeilich nicht zulässige Tanzvergnügungen stattfinden. Nach der Schulnovelle können nicht nur Geldstrafen, sondern auch Mahnungen erteilt werden. Demgemäß wird auch das Polizeitrafgesetzbuch abgeändert. Die Polizeitrafgesetzbuch bestraft bisher solche, die Zwangsgebühren verfallen, aus der Erziehungsanstalt zu entlassen. Diese Bestimmung wird nun dahin ausgedehnt, daß diese Strafe auch dann eintritt, wenn das Verfahren zur Verbringung in die Zwangserziehung noch schwebt. Nach dem Reichsschlachtviehsteuergesetz muß das Schlachtvieh vor und nach der Schlachtung zu besichtigen durch die Fleischschau. Von der Mäglichkeit, ortspolizeiliche Vorschriften zu erlassen für die Verkaufsräume von Fleisch, ist kein Gebrauch gemacht worden. Die Mäglichkeit zu bezirkspolizeilicher Vorschriften in dieser Hinsicht liegt nicht vor. Die Fleischverarbeitung habe vielfach auf die Umgebung die auf die damit beschäftigten Personen einen ungünstigen Einfluß. Die vorgeschlagene Aenderung des Polizeitrafgesetzbuchs schafft hier Abhilfe. Die Kommission beantragt einstimmige Annahme. Eine weitere Bestimmung regelt die Zuständigkeit bei allen durch das Reichsgesetz nicht berührten Wankettbestimmungen. Einige Bestimmungen werden gestrichen, die schon seit 12 Jahren außer Kraft waren als im Widerspruch mit dem Reichsstraftgesetzbuch. Es handelt sich um Verschimpfung öffentlicher Diener, Schlägereien in Werkstätten; ferner wird gestrichen eine Bestimmung betr. die Kontrolle der Bligableiter. Ein schlechter

Bligableiter sei besser als kein Bligableiter. Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurf die Zustimmung zu erteilen.

Abg. Geel (Soz.): Es ist eine erfreuliche Sache, wenn man einen Strich durch Polizeivorchriften machen kann. Wir müssen unsere Zustimmung abhängig machen von den Erklärungen der Regierung zu einigen Paragrafen. Dazu gehört § 60, der das Tanzvergnügen einschränken will. In Thüringen tanzt das Volk jeden Sonntag; bei uns soll das Tanzvergnügen nur in homeopathischen Dosen verabreicht werden. Man hat allerdings einen Ausweg gefunden durch die Tanzkränze. Da hätte man anders abhelfen können. Man sollte den Arbeitern das Tanzvergnügen nicht beschränken. Man kann es durch das Gesetz nicht verhindern, daß an der Grenze die Leute über die Grenze gehen. Baden beschränkt das Tanzen gegenüber den Nachbarstaaten unverhältnismäßig stark. Aus der badi-schen Pfalz gehen die Leute mit großer Sehnsucht nach dem pfälzischen Orte Altrip, wo das Tanzvergnügen das „Himmelreich“ genannt wird. Ferner hat Redner Bedenken gegen die Bestimmung betr. die Zwangserziehung. Solange kein Haftbefehl besteht, begreife ich nicht, wie man Eltern und Vormündern verbieten kann, ihr Recht das Kind nicht ins Ausland oder in ein Institut zu verbringen, ohne mit dem Vormundschaftsgericht verhandelt zu haben, unter einer Strafe bis zu 150 M. Die Kinder vermöglicher Eltern genießen einen Vorzug; während die Kinder armer Eltern in Zwangserziehung kommen, bringt man die Kinder reicher Eltern in Erziehungsanstalten. Diese Bestimmungen können wir nur annehmen, wenn die Regierung eine befriedigende Erklärung abgibt. Dagegen freuen wir uns über die Bestimmungen zur Reinhaltung der Schlachthäuser und Fleischverkaufsstellen.

Abg. Stöckinger (Soz.) tritt ebenfalls gegen die Tanzbestimmungen auf. Ein Erwerbsschein ist schon dann festzustellen, wenn ein Programm oder eine Karte verkauft wird, und ein öffentliches Tanzvergnügen wäre da, wenn ein Nichterwerbsschein zugelassen wird. Ein überreifer Polizeibeamter kann auch jemand einschleichen, damit er einschreiten kann. Ebenso wendet sich Redner gegen die Zwangserziehungsbestimmung.

Minister von Bobman: Was das Tanzen betrifft, ist unser Gesetz milder als in den Nachbarstaaten Bayern, Hessen und Württemberg. Dort bedarf jede Tanzbelustigung der Genehmigung, in Württemberg bedarf sie der Genehmigung am Sonntag, bei uns nur die Tanzvergnügungen, die von den Wirten veranstaltet werden. Die Bestimmungen wurden vielfach umgangen durch die Tanzlehrer. Das Tanzvergnügen ist durchaus nicht immer harmlos. Eine Einschränkung liegt vielfach im Volksinteresse. Zu einer Beförderung ist kein Grund vorhanden, da die Bestimmungen nicht schlußlos gehandhabt werden. Erwerbsscheine liegen nur vor, wenn der Verein seine Kasse füllen will. Die beiden Vorredner haben geltend gemacht, daß es meistens unbedeutende Kinder sind, die in Zwangserziehung kommen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn das Kind wohlhabender Eltern statt in Zwangserziehung in ein Institut kommt. Die Zwangserziehung tritt nur dann ein, wenn die Eltern sich der Pflicht der guten Erziehung entziehen. Den Anstalten sollen nur die schwierigeren Fälle überwiesen werden; in erster Linie soll die Familienziehung maßgebend sein. Abg. Geel hat nach der rechtlichen Grundlage gefragt, da kein Haftbefehl vorliegt. Es gibt noch andere Freiheitsbeschränkungen als den Haftbefehl. Das Gesetz betr. die Zwangserziehung bildet die rechtliche Grundlage. Wir haben die Zwangserziehung. Deshalb muß sie auch ausgeführt werden. Abg. Geel (Soz.) ist mit der Erklärung des Mi-

## Dämon Gold

oder das Erbe von Moultry Hall.  
Kriminalroman aus dem Englischen des F. S. Smith  
in freier dem Bearbeiter von ...

71) (Fortsetzung.)  
55. Kapitel.  
Edward hatte sich früh morgens aufgemacht, um die Nachricht von den Vorgängen auf dem Jägerhaufe so schnell als möglich seinen Verwandten zu Moultry beizubringen, aber das Gerücht davon war ihm vorausgeeilt.  
Von der Stunde an, wo Hugos Mutter von seinem Verschwinden aus dem Institutshof zu Woodfall geholt, hatte ihre Gesundheit zusehends abgenommen. Vielleicht daß seine Rückkehr den Schlag des grausamen Verhörs noch eine Weile aufgehalten hätte, aber die Saat des Todes lag seit lange in ihrem Weizen: ihre unglückliche Heirat hatte sie geblendet, der Betrug ihres Mannes sie mit ihren Tränen bewässert. Nie war eine Frau so völlig in ihr Lebensglück betrogen worden. Als Gattin wurde sie schändlich hintergangen, als Witwe blieben ihre Kinder ihr einziger Trost, und nun hatte man ihr eins entzogen, den hochherzigen Knaben, der der Verteidiger seiner Mutter gegen die Tränne Sir Barnards, der Beschützer seiner Schwester zu werden versprach.  
Die arme hintangekehrte Frau saß mit ihrer Tochter in ihrem Boudoir, als Lady Alicia ihren Morgenbesuch machte, um wie gewöhnlich sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. — „Schlecht, wie immer“, gab ihr die Schwiegertochter zurück. „Sind keine Briefe für mich da?“ — „Ich habe die Kapsel noch nicht geöffnet und wollte die Rückkehr meines Mannes abwarten. Doch da Ihnen so viel daran zu liegen scheint, so kannst Du die Squires rufen, Lydia.“ — „Ihre Enkelin schickte und daid trat die Beschlichtererin ein.“ — „Ist die Briefkapsel schon da?“ fragte ihre Gebieterin. — „Nein! Ja das heißt... ich...“ stotterte die Frau in höchster Bestürzung. — „Nein! ja?“ wiederholte Lady Alicia streng. — „Sind Sie bei Sinnen, Squires, daß Sie so unzusammenhängend antworten?“ — „Stumm, Milady!“

„Um Gotteswillen, was ist vorgefallen?“ rief Mrs. Gaston, indem sie aufsprang und auf die Dienerin zuging. „Neben Sie! Sagen Sie mir das Schlimmste! Alles ist besser als diese peinliche Ungewißheit! Ihr Schweigen bricht mir das Herz.“  
„Ginaus!“ wiederholte Lady Alicia mit gebieterischem Tone. „Mach ich es Ihnen zweimal befehlen?“ — „Der arme junge Herr ist erschossen“, stieß Mrs. Squires heraus, „und Sir Barnard deshalb verhaftet.“  
Einen Augenblick stand die Herrin von Moultry wie vom Donner gerührt da, aber ein kurzes Nachdenken genigte, um sie von der Ungereimtheit dieser Behauptung zu überzeugen, und eben wollte sie die Sprecherin mit scharfen Worten zurechtweisen, daß sie es wage, solche Lügen zu wiederholen, als ein tief geholter Senfzer ihr zu Ohren drang. Mrs. Gaston sank zu Boden und ihre Tochter kam eben noch recht, um ihr ein Kissen zuzuschicken, daß sie darin niedergelassen konnte.  
Erschrocken sprang ihre Schwiegermutter hinzu, allein menschliche Hilfe kam hier zu spät: die letzte Saite, die sie an's Leben band, war gerissen und die Witwe Kapitän Egberts — eine Leiche.  
Das stolze, herrschsüchtige Weib war wie vernichtet, als sie sich dieser Vereinerung alles irdischen Lebens gegenüber sah und sich sagen mußte, daß das früher oder später auch ihr Los sei. Der herzerweichende Jammer der jungen Lydia, die nun doppelt eine Waise war, brachte sie einigermaßen zu sich, sie nahm das Kind sanft bei der Hand und führte es aus dem Zimmer.  
Eine Stunde später traf Edward Gaston ein. Die Begegnung mit seiner Tante war eine äußerst peinliche. — „Wo ist aber mein Mann?“ rief ihm die Lady entgegen. — „Auf dem Jägerhaufe.“ — „Warum kommt er denn nicht?“ fragte Lady Alicia ungeduldig.  
„Der Friedensrichter“, versetzte Edward, „hat aus Rücksicht für seine Familie angeordnet, daß er bis zum ersten Verhör dort in Haft bleiben solle.“  
„Wie? Sir Barnard Gaston ein Gefangener!“ rief die Herrin von Moultry außer sich vor Entrüstung; „ist Beacham verrückt, daß er eine solch unerhörte

Verschimpfung zulassen konnte. Aber er soll es bereuen. Alle sollen es bereuen“, fügte sie mit dem hinzu, „die an diesem höllischen Komplott teilgenommen haben.“  
„Nein“, bemerkte der Neffe, „kommt früher oder später fast allen Menschen. Unser Nachbar hat seine Pflicht so schnell als möglich getan, und glauben Sie mir, niemand wird sich aufrichtiger freuen als er, wenn es meinem Onkel gelingt, sich von der furchtbaren Anklage frei zu machen, die auf ihm lastet.“ — „Anklage?“ wiederholte seine Tante. — „Sie selbst geben ja zu, daß Hugo von Skillets Sünden seinen Tod gefunden hat. Wie soll es sich denn um eine Anklage handeln können?“  
„Sie vergessen, daß der Tod des armen Hugo nicht das einzige Verbrechen ist, das den Gerichten zur Untersuchung vorliegt. Auch Goring ist ermordet worden.“ — „Rächerlich!“ — „Sie vergessen, daß ein furchtbar verkrüppelter Mensch aufgefunden worden ist, der seit Jahren auf dem Jägerhaufe gefangen gehalten wurde.“ — „Sein Name?“ Haben Sie ihn nicht erfahren?“ — „Ist Andrews“, versetzte Edward, indem er seine Verwandte mit vorwurfsvollem Blick anschaute, denn der Unglückliche hatte ihm seine Geschichte mit all ihren Einzelheiten erzählt.  
Lady Alicia fragte ihn nicht weiter. Todesblässe überzog ihr Gesicht. Sie beahlt ihren Wagen. — „Kann ich Ihnen mit irgend etwas dienen?“ sagte Edward, „biete, gebieten Sie über mich.“ — „Ich danke!“ gab seine Tante zurück. — „Lassen Sie Ihren unwürdigen Wagnohn fahren“, rief ihr der Neffe, „und herabens Sie sich nicht des einzigen männlichen Verwandten, der Ihnen in dieser traurigen Lage bleibt. Bin ich doch Ihr nächster Verwandte.“ — „Wohl weiß ich, daß Sie der nächste Verwandte meines Vaters sind“, bemerkte die Herrin von Moultry mit Bitterkeit, „sein Erbe sind Sie aber darum doch nicht. Das Vermögen geht nunmehr auf die weiblichen Nachkommen Sir Barnards über.“ — „Ich weiß es, Tante!“ — „Der Titel“, fügte das hochmütige Weib hinzu, „nun ja! der bloße Titel, der kann Ihnen werden.“  
„Auch das nicht, so lange der Erstgeborene meines

Vetters Egbert am Leben ist“, versetzte ihr Neffe mit Würde. „Lady Alicia, lassen Sie sich erweichen und sehen Sie wenigstens einmal Ihren Enkel. Er muß Ihr Herz gewinnen, denn eine Königin müßte stolz sein auf einen solchen Hofling.“ Und dann bestimmen Sie Sir Barnard, ihn als seinen Erben anzuerkennen. Bedenken Sie, daß wenn auch die Vergangenheit nicht mehr gut gemacht werden kann, doch die Neue nie zu spät kommt.“  
Mit diesen Worten jähred er von seiner Verwandten und begab sich zurück nach Brookhouse, wo inzwischen bloß einer der Richter sich eingefunden hatte. Die anderen waren im Augenblicke verblüdet und es wurde beschlossen, das erste Verhör bis nach der Odbuktion zu verschieben. Sir Barnard Gaston sollte inzwischen unter Bewachung der beiden Policemen aus dem Jägerhaufe bleiben, Skillet aber sofort in das Grafschaftsgefängnis abgeführt werden.  
Doktor Tranion war der einzige unter den Anwesenden, den der plötzliche Tod von Mrs. Gaston nicht überraschte. Er hatte sie seit längerer Zeit als herzlos behandelt und seit Hugos Verschwinden alle Hoffnung aufgegeben.  
Collin Gray erhielt im Laufe des Tages zwei Mitteilungen, die ihn gleich sehr überraschten. Das eine war eine friedliche Bitte Humphrey Skillets, ihn im Arrest zu befehlen; das andere ein Billet von der Meisterin des Armenhauses, die ihn zu sprechen wünschte. „Neugier und Hoffnung!“ dachte er. „Mrs. Renguin möchte gerne die Einzelheiten der verübten Verbrechen erfahren, mein alter Dämongeist glaubt, ich könne ihn retten. Es ist umsonst, erwiderte er dem Gefangenenwärter, der die Botschaft brachte, „ich kann nichts für ihn tun.“ — „Ich glaube nicht, daß es das ist, mein Herr“, entgegnete der Mann in achtungsvollem Tone; „Mr. Skillet hat etwas auf dem Herzen.“ — „Mag sein.“ — „Und wenn mich nicht alles täuscht, so betrifft es Sie.“ — „Mich?“ fragte der Advokat erstaunt. — „Ja, mein Herr!“ — Collin sann eine Weile nach und entschloß sich dann, den Verbrecher zu befehlen. (Fortsetzung folgt.)

nisters nicht zufrieden. Die Vereine müssen für die Lokale oft sehr viel bezahlen. Wenn sie dafür Eintritt erheben, kommt die Polizei und sagt, da steht doch die Gewinnlust an allen Ecken heraus. Und findet man noch einige Leute, die nicht zum Verein gehören, so ist der Fall fertig und der Verein fällt unter das Gesetz. Wenn ich verlange, daß die Eltern ohne Zutun des Vormundschaftsgerichts ihr Kind zu Verwandten, Lehrern usw. bringen dürfen, so wollen wir den Eltern nur die Freiheit wahren, ihre Kinder in Familienziehung bringen zu können. Was mir die Anstalten so unsympathisch macht, das sind die moralischen Folgen.

**Abg. Stöckinger (Soz.):** Die Bestimmungen betr. die Mitschleifer waren veraltet; ich bin im großen und ganzen mit der Abänderung einverstanden. Mit der Beseitigung der Revision der Mitschleifer bin ich nicht einverstanden. Die bisherige Art der Prüfung war veraltet. Die Untersuchung sollte nicht ganz beseitigt werden. Er glaube, daß bei einer Erleichterung der Revision mehr Mitschleifer angelegt werden; er möchte anregen, daß die Prüfungsstellen von der Landesgebäudeverwaltung übernommen werden.

In der Einzelberatung wird die Tanzbestimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten (mit Ausnahme Seimbürgers), die Bestimmung betr. die Zwangsverziehung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Schließlich wird in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz mit 50 gegen 15 Stimmen angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf betr. Steuererhebung in der Zeit vom 1. bis 16. Juli 1910 berichtet namens der Budgetkommission

**Berichterstatter Abg. Nebmann (natl.):** Da die Regierung annimmt, daß der Landtag nicht über den 15. Juli hinaus zusammenbleibt, erbittet sie die Ermächtigung zur Steuererhebung nach dem bisherigen Gesetz. Die Kommission beantragt Zustimmung.

Das Gesetz wird mit allen abgegebenen Stimmen angenommen.

**Minister von Marschall:** Die Kommission hat der Anschauung Ausdruck gegeben, daß die Vorlage betr. Verwertung der Murgtalwasserkräfte nicht mehr erledigt werden könne, da die Vorlage eingehend geprüft werden müsse und die Öffentlichkeit Stellung zur Sache nehmen müsse. Die Regierung kann sich dieser Gründe nicht verschließen und zieht deshalb die Vorlage zurück.

Bei der Etatposition für den Bahnhofsombau Basel waren 2 1/2 Millionen für den Vershubbahnhof gefordert.

**Berichterstatter Abg. Pfeifferle (natl.):** Bei den allgemeinen Ausgaben wurden 2 1/2 Millionen erspart, die für den Vershubbahnhof verwendet werden sollten. Es wurde beantragt, diese Forderung abzulehnen und die Summe für neue Bahnhöfe zu verwenden. Die Regierung machte dagegen geltend, daß dann der neue Vershubbahnhof nach 6 Jahren schon wieder abgebaut werden müßte unter einem Mehraufwand von einer Million. Die Kommission beantragt die Ablehnung des Antrags Blümmel und Genossen auf Strich der 2 450 000 Mark und die 10. Teilforderung für den Bahnhofsombau Basel mit 9,7 Millionen zu genehmigen.

**Abg. Blümmel (Str.):** Begründet seinen Antrag. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, daß bei einem Millionenprojekt ein Mangel enthalten ist. Wenn von der Regierung gesagt wird, daß nach dem alten Projekt der Bahnhof nach wenigen Jahren schon am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist, so ist das bezeichnend für die Herren. Die Regierung sagt, es sei gespart worden: Man gibt den Herren 50 Millionen und sagt sie sollen sparen. Das ist nicht die richtige Art zu sparen. Wo war denn der Hinweis auf die Verantwortung für die Herren? Als einziges Beobachtungsobjekt wurde der Bahnhof in Nürnberg angegeben. Das ist zu wenig. Nun kommt die Regierung mit dem neuen Entwurf, der 3 Millionen mehr kostet. Ich kann mich von der absoluten Notwendigkeit der neuen Vorlage nicht überzeugen. Wenn die 3 Millionen nicht erspart worden wären, hätte die Regierung diese schließlich nicht angefordert. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

**Abg. Wittmann (Str.):** Ich bin nicht in der Lage, den wiederholten Antrag der Budgetkommission anzunehmen. **Abg. Nebmann** hat am 17. Juni erklärt, die Forderung für Titisee-St. Blasien sei eine prinzipielle Forderung; sie ist es für mich heute noch. Die Regierung hat sich dahin erklärt, daß sie kein Geld habe. Sie hat aber für die Murgwasserkräfte eine halbe Million mehr gefordert. Heute hat sie die Vorlage zurückgezogen. Außerdem haben wir 300 000 Mark für das Seidelberger Schloß gestrichen. Wenn wir die 2 1/2 Millionen streichen, so haben wir Geld für die dringenden Bahnbedürfnisse. Es ist besser, sie hierfür zu verwenden, als sie am Bahnhofsombau Basel weiter zu verpulvern. (Präsident **Kohler** rufte: Ich kann den Ausdruck verpulvern nicht zulassen!) Ich meine beim Bahnhof Basel ist „verpulvern“ schon der richtige Ausdruck. Blümmel hat schon ausgeführt, daß mit Vershubbahnhöfen wenig Erfahrungen gemacht seien. Wir sollten nicht der Proberstaat für diese Neuerung sein. Zuerst das Notwendige, dann das Nützliche und Angenehme. Das Projekt Titisee-St. Blasien ist ein dringendes. Das Bedauern der Regierung, daß kein Geld da sei und die Erwartung der Kommission, daß etwas geschehe, hilft den vernachlässigten Gegenden nichts. Rechnen Sie die 2 1/2 Mill. ab, dann ist Geld da. Stellen Sie das Semaphor auf freie Fahrt für die Bahn Titisee-St. Blasien. (Weißall im Str.)

**Abg. Dietzke (Str.):** Ich hätte den Antrag Blümmel auch mit unterschrieben, da ich mit ihm einverstanden bin. Wenn die 2 1/2 Millionen gestrichen werden, kann die Regierung nicht mehr sagen, daß kein Geld da sei für die Bahn Titisee-St. Blasien. Wenn hier die Hilfe geschaffen wird, dann wird auch die Erleichterung der Bevölkerung jener Gegend besorgt. Durch den Bahnhof Basel ist dem dringenden Bedürfnis abgeholfen. Wenn der Bahnhof sich erstreckt über vier Stationen, von Grensacher Horn bis Sallingen, auf dieser großen Strecke müssen sich die Züge bewegen können. Ich kann den Vorrednern

nur bestimmen, daß ich nicht begreifen kann, wie die Regierung einen Bahnhof erstellt mit 50 Millionen, zugleich mit der Aussicht, daß er in wenigen Jahren den Verkehr nicht mehr bewältigen kann. Das kommt fast einer Wasserotterklärung unserer Eisenbahnpolitik gleich. Man sagt zwar, das Projekt sei 18 Jahre alt. Es ist aber auch abgeändert worden. Wir scheinen, daß die Regierung, wenn sie die Forderung neu hätte einbringen müssen, davon abgesehen hätte. Deshalb meine ich, sollte die Forderung erspart werden. Die Sache hat auch Konsequenzen für andere Bahnhöfe. Die Regierung wird sagen, die Sache hat sich in Basel bewährt und so können neue Millionenforderungen für die großen Bahnhöfe und die verkehrsarmen Gegenden können noch weiter warten. Ich stimme daher für den Antrag Blümmel u. Gen. (Beifall.)

**Abg. Nebmann (natl.):** Die Frage des Vershubbahnhofs ist wiederholt in der Kommission sehr genau geprüft worden. Die Tatsache haben wir als feststehend angesehen, daß die Notwendigkeit dieser Verbesserung nicht von der Hand gewiesen werden kann und daß wegen der Wirtschaftlichkeit der früheren Ausführung — Ersparnis 1 Million — diese auch gemacht werden muß. Redner hofft auf eine größere Verkehrsvermehrung. Wittmann hat mich angezapft wegen meiner Haltung bezüglich Titisee-St. Blasien. Wir haben geglaubt, daß beide Fragen getrennt zu behandeln seien. Ich würde es für einen Schicksalstreich halten, wenn wir die notwendige Verbesserung ablehnen würden. Er stimme für den Antrag der Budgetkommission. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Vogel-Mannheim (f. V.):** Er begreife, wenn von der anderen Seite der Abstrich dieser Summe verlangt werde; allein damit ist noch nicht gesagt, daß die Regierung dazu bereit ist, die Summe zu dem erwähnten Zweck zu verwenden. Die Ablehnung sieht aus wie eine Repräsentation und diese hier am unrichtigen Platz angebracht. Man hätte sie beim Gehalt des Ministers und des Generaldirektors anbringen sollen. Vielleicht kann man das im nächsten Landtag tun. Der Vershubbahnhof sei zweifellos eine große Verbesserung. Vershubbahnhöfe seien nicht allein in Nürnberg, sondern auch in Mannheim und Offenburg. Er verweise nicht, daß in 6 Jahren die Leistungsfähigkeit des Vershubbahnhofs schon an der Grenze angelangt sein soll; immerhin müsse man dem Projekt jetzt schon zustimmen. Gewundert hat er sich, daß der Minister so lange geäußert hat, seine Frage zu beantworten. Ich muß sagen, er hat sich da lange herumgedrückt. (Große Heiterkeit.) Das Finanzministerium sei schuld gewesen. Er möchte fragen, ob die Gesamtregierung diese Forderung aus ins Budget eingestellt hätte, auch wenn die Ersparnisse nicht gemacht worden wären. Dann wird vielleicht noch mancher der Vorlage zustimmen. Wir haben kein verfassungsmäßiges Mittel zur Hand, die Regierung zu zwingen, daß sie die abgetriebene Summe auch im Sinne des Landtags verwendet. Es ist bedauernd, wie wenig Recht der Landtag hat und wie wenig die Regierung den Wünschen der Abgeordneten entgegenkommt.

**Abg. Kolb (Soz.):** Ich finde es begreiflich, daß eine Reihe von Kollegen die 2 1/2 Millionen ablehnen, wenn ich auch ihre Gründe nicht billigen kann. Die Techniker haben uns belehrt, daß diese Einrichtung des Vershubbahnhofs unentbehrlich sei. Das Vertrauen zu den Technikern werde schwer erschüttert durch die Bemerkung im Beiseit, daß der Mangel bei dem früheren Projekt schon erkannt wurde, daß man aber hoffte, mit der Sache noch einige Zeit auszukommen. Das Vertrauen sei nicht allein zu den Technikern, sondern nachgerade auf verschiedenen Seiten des Hauses zur Regierung in der Eisenbahnpolitik geschwunden. Es fehlt unserer Eisenbahnpolitik der nötige Kopf. Zehner hat neulich mit Recht von einer Inkompetenzschwäche gesprochen. Die Finanzlage ist nicht so schlecht. Es ist aber höchste Zeit, daß in der Eisenbahnverwaltung eine grundlegende Reform vorgenommen wird.

**Minister von Bodman:** Die Vorwürfe des Vorredners sind nicht an die richtige Adresse gerichtet. Der Eisenbahnverwaltung wurden zur Zeit der wirtschaftlichen Depression große Aufgaben gestellt, die zur Zeit der Hochkonjunktur beschloffen wurden. Wenn gesagt wird, der Eisenbahnminister habe nicht den nötigen Einfluss, so muß man doch sagen, daß es auch andere Kulturaufgaben gibt, als die Erbauung von Eisenbahnen. Die Herren, welche der Budgetkommission angehören, werden es entschuldigen, wenn ich meine dortigen Ausführungen wiederhole. Man würde es nicht verstehen, wenn man für 50 Millionen nicht einen Bahnhof schaffen würde, der für absehbare Zeit den Bedürfnissen genügt. Wobon hängt die Leistungsfähigkeit eines Vershubbahnhofs ab? Von der Anzahl der Züge, die auf dem Rücken seines Bahnhofs, die in möglichst kurzer Zeit abgefertigt werden können, also davon, daß keine Züge in entgegengesetzter Richtung verkehren. Das Rangieren vollzieht sich rascher, die Betriebskosten werden vermindert. Es findet eine Verkehrssteigerung und eine Verminderung der Betriebsausgaben statt. Stimmen Sie unseren Antrag zu, so verstehen die Züge ohne Störung nach den verschiedenen Richtungen. Es ist eine weise Sparmaßnahme, daß sie unserem Antrag zustimmen. Später würde die Ausführung einen höheren Kostenaufwand erfordern; ein Teil der jetzt bereitgestellten Anlagen müßte wieder beseitigt werden. Es gibt auch eine neuere Sparmaßnahme, die müssen wir vermeiden. Wir haben eine Kommission eingeleitet, die prüfen muß, welche Ersparnisse bei den großen Bahnhöfen gemacht werden können. Es wird niemanden mehr freuen als die Regierung, wenn wir Ihnen im nächsten Landtag sagen können: Sie haben zwar diese Mittel bewilligt; wir haben aber daran soviel erspart. Wir fragen uns bei jedem Geis, jedem Bahnsteig, ist er für die eilige Zeit notwendig. Das kommt hier nicht in Betracht. Die 2 1/2 Millionen werden nicht unmittelbar verbraucht, sondern verteilen sich auf die verschiedenen Jahre bis zur Vollendung des großen Werks. Ich war vor 2 Jahren auch der Ansicht, eine Erweiterung des Bahnhofs Basel lassen wir nicht zu; ich habe mich aber überzeugt, indem ich selbst einen Ueberblick über den Bahnhof gewann. Die Bahn ist nicht frei. Selten Sie der Regierung, damit sie in zwei Jahren den Wünschen Rechnung tragen kann, die ich allerdings für gerechtfertigt halte.

**Abg. Fehrenbach (Str.):** Repräsentation halte ich da für nicht angebracht, wo der Landesfürst in Betracht kommt. Repräsentation sollen nur nach sachlichen Erwägungen ausgeübt werden. Repräsentation können ausgeübt werden müssen. Ob dieser Fall hier vorliegt, will ich nicht untersuchen. Dem wolle er aber widersprechen, daß man in jenen, die den Antrag für die Baseler Forderung annahmen, geheime Gegner der Forderung für Titisee-St. Blasien erblicken will. Ich werde der Forderung zustimmen. Die Sache wird uns außerordentlich schwer. Die Kammer hat früher große Summen für die Bahnhöfe bewilligt, daß eine Anforderung für den Vershubbahnhof mitbewilligt worden wäre, wenn die Regierung sie gestellt hätte. Wenn aber die Regierung erst durch die Ersparnisse zu dieser Forderung kommt, so tut sie der Sache ungebührlichen Abtrag. Wir wollen aber zu der alten Dummheit nicht eine neue machen. Es wäre wünschenswert gewesen, daß von technischer Seite der Regierung rechtzeitig dem Hause positive Mitteilungen gemacht worden wäre, damit die Stimmung im Hause eine bessere wird. Das ist einleuchtend, daß wenn man mit den Baseler vereinbart hat, das Projekt zu bauen, daß dann die Baseler das nicht behaute Gelände bebauen und daß dann in absehbarer Zeit der Geländeerwerb unglaublich teurer kommt als jetzt. Die Konsequenzen für die anderen Bahnhöfe treten nicht ein, da Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Offenburg auf lange Zeit mit den nötigen Vorkehrungen versehen sind. Es ist die Auffassung gemacht worden, daß in Basel an der Grenze des Reiches diese Anlagen notwendig sind. Die Schweizer in Basel sagen, daß ihnen das Projekt unangenehm sei, daß sie aber bei der Zweckmäßigkeit der Anlage deren Ausführung nicht verargen können. Glauben Sie, daß diejenigen, welche 49 1/2 Millionen bewilligt haben, diese abgelehnt hätten, wenn es 2 Millionen mehr gewesen wären? Die Schwierigkeiten mit dem Baseler Bahnhof hat sich die badiische Regierung selbst geschaffen. Alle Sozialinteressen wurden zurückgestellt für das Baseler Projekt. Und nun kommt die Regierung und lehnt für Titisee-St. Blasien jeden Betrag ab. Die Regierung hat sich in das unglücklichste Licht gestellt in Bezug auf das Projekt Titisee-St. Blasien mit der Einbringung des Murgtalprojekts mit einer halben Million. Die Regierung hat es wieder zurückgegeben. Aus der Art der Einbringung und Zurückziehung dieses Projektes hat gezeigt, daß die Regierung in der Lage wäre, Geld aufzubringen für die wichtigsten Bedürfnisse. Für Erleichterung der bedürftigsten Gegenden muß die Regierung noch Mittel haben. Dafür hat sie den Beweis erbracht. Ich möge die Herren, die die Baseler Forderung streiden wollen, bitten, dafür zu stimmen, damit wir nachher einstimmig für die Bahn Titisee-St. Blasien stimmen können. Ich hoffe, daß die Regierung noch in letzter Stunde entgegenkommt. (Beifall.)

**Minister von Marschall:** Die Regierung brachte das Murgtalprojekt ein, weil sie es diesem Landtag vorgebracht und weil es sich um eine werdende Anlage handelt. Die Regierung hat die Vorlage zurückgegeben, wird sie aber dem nächsten Landtag wieder vorlegen.

**Ministerialrat Wolpert** rethorisiert die Forderung der Regierung für den Baseler Vershubbahnhof. Redner legt die einzelnen Ersparnisse dar, die im Jahre durch den Vershubbahnhof gemacht werden, zusammen 112 900 Mark. Die Betriebsgefahr werde vermindert. Bei der Verkehrssteigerung wachsen die Ersparnisse, so daß wir zu 6 bis 8 Prozent Verzinsung kommen.

**Abg. Weishaupt-Mehrfürch (natl.):** Der Minister hat gesagt, wir hätten auch andere Kulturaufgaben. Die höchste Kulturaufgabe ist für unser Land die Erweiterung des Bahnhofs. Die Regierung hätte sich alle diese Ausführungen sparen können, wenn sie einen Betrag für die bereits bewilligten Bahnen eingestrichelt hätte. Er wolle objektiv handeln und der Forderung für Basel zustimmen. Er hoffe aber, daß die Regierung ins nächste Budget Positionen für die bereits bewilligten Bahnen einstellen werde.

**Abg. Roger (natl.):** Bemängelt, daß an der Station Sallingen der Bahnhofsraum um etwa 60 Zentimeter tiefer gelegt worden sei, ohne daß der Bahnhofsraum tiefer gelegt worden sei. Redner wünscht für dieselbe Station eine Schutzhalle.

**Präsident Kohler:** Er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Ausführungen auf dem Bahnhof in Sallingen im engen Zusammenhang stehen mit dem Bahnhof in Basel. (Heiterkeit.)

**Niederbaur Kasmer** gibt dem Vorredner Auskunft über die Gründe, die in Sallingen zu einer Ueberführung Veranlassung waren.

**Präsident Kohler** schlägt vor, hier abzubrechen und morgen, da zum Eisenbahnbau ausführlich gesprochen, sich kurz zu fassen.

Auf der Tagesordnung steht außer dem Rest der heutigen, eine Reihe von Eisenbahnpetitionen.

Schluß nach 8 Uhr.

**5. Verbandstag süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine.**  
R. Karlsruhe, 26. Juni.  
Aus Anlaß des 5. Verbandstages der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine, fand heute im großen Saale der Eintracht eine gutbesuchte Begrüßungsfeier statt. Zahlreich vertreten war der Karlsruher Klaus, an der Spitze Geistl. Rat und Ehrenbürger Andoyer. Ferner bemerkte man den Verbandspräsidenten Landtagsabgeordneter Walterbach, sowie die Abgg. Schmidt-Karlsruhe und Reinhard und nicht zuletzt mehrere um die Frauenorganisation hochverdiente Damen. Die Genannten nahmen an der Ehrenfeier Platz. Nach einem Eröffnungsmotiv, gepfeilt von einer Ableitung der Feuerwehrtabelle und Vortrag eines Prologs, der vom Segen der Arbeit handelte, begrüßte

**Kaplan Fehrenbach** die Gäste und Delegierten namens der Karlsruher Katholiken. Er betonte, daß der Verband trotz mancherlei Schwierigkeiten auf 12 000 Mitglieder angewachsen sei und schloß mit dem Wunsch, daß sich die Delegierten in Karlsruhe wohl fühlen möchten.

**Diözesanpräses Dr. Neuhäuser** hielt die Festrede. Er behandelte das Thema „Die Frau im badiischen Erwerbsleben“ aufgrund der Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1907. Leider habe man in Baden noch keine größere statistische Publikation. Die festgestellten Zahlen zeugen für ein gewaltiges Vorrücken der Frau im Erwerbsleben. Sie zeigen, daß das Volk, Männer

wie Frauen betriebsamer geworden sind. Dies wäre an sich eine erfreuliche Tatsache, doch erhebt sich die Frage: Ist diese Entwicklung nicht vor sich gegangen auf Kosten der höheren idealen Güter? Nach der Statistik ist die Zahl der Dienstboten stark zurückgegangen. Ausfallend erscheint aber die Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Wir haben in Baden 75 000 eigentliche Arbeiterinnen. Davon sind 26 000 in der Lebensmittel- und Genußbranche und 18 000 in der Textilbranche beschäftigt. Von der ersteren Gruppe finden leider 24 000 Arbeiterinnen ihren Verdienst in dem hygienisch schädlichen Berufe der Tabakfabrik. Das Kleingewerbe weist nur wenige Arbeiterinnen auf, dagegen sind 51 400 in den Großbetrieben tätig. Gut tiefbetrieblische Erziehung ist ferner die große Zahl der Heimarbeiterrinnen — 13 000, von denen das Hauptkontingent wiederum die Zigarrenindustrie stellt. Bezeichnend ist das bedeutende Ueberwiegen der ungelerten Arbeiterinnen über die gelerten in Baden. Das traurigste Kapitel tritt uns zweifellos in der großen Zahl der verheirateten Arbeiterinnen vor Augen. 24 000 badiische Arbeiterinnen sind verheiratet. Dies bedeutet einen unberechenbaren Schaden für unseren Volkserwerb. Jetzt ergiebt sich auch die Antwort auf die bereits gestellte Frage. Die höhere Betriebsamkeit ist geschahen auf Kosten der höheren Aufgabe der Frau als Mutter und Arbeiterin. Ich komme zu dem Ergebnis, daß die Frau im Erwerbsleben dem Manne in keiner Weise zurücksteht. Das Geschick über die Gleichmächterin ist aber nicht am Tage. Wir müssen viel mehr Rücksicht nehmen auf die speziellen Fraueninteressen, auf die Frauennatur. Unser schönstes Ziel muß sein: Die Entfernung der verheirateten Frau aus der Fabrik. Die Frau wird insofern von heute auf morgen nicht möglich sein, solange das Ziel nicht erreicht ist, muß sich eben die christliche Caritas in der Arbeiterinnenfürsorge betätigen. Den Arbeiterinnen möchte ich zurufen, wollt Ihr Euer Los verbessern, so bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen, so organisiert Euch in den Arbeiterinnenvereinen und den christlichen Gewerkschaften. Mit der Arbeiterinnenfrage ist die Arbeiterfrage überhaupt untrennbar verbunden.

Redner schloß: Gestern machte ich dem Herrn Erzbischof Mitteilung von unserer Tagung. Er hat mich beauftragt, Ihnen die herzlichsten Grüße zu übermitteln, und seiner Freude Ausdruck zu geben über die Fortschritte, welche die Sache des Verbandes gemacht habe. Die Versammlung lobte den Redner mit reichem Beifall.

**Kaplan Fehrenbach** sprach Herrn Dr. Neuhäuser den herzlichsten Dank aus für die große Arbeit, die er mit viel Mühe auf den heutigen Tag vorbereitete. Der Abend nahm bei flotten musikalischen Weisen und Vortrag mehrerer Frauenchöre den schönsten Verlauf. Die Verhandlungen des Verbandstages nehmen morgen ihren Anfang.

± Karlsruhe, 27. Juni 1910.

Der Verbandstag wurde heute eingeleitet mit einem Gottesdienst in der Augustinuskirche. Am 9 Uhr begannen die Beratungen. Erschienen waren zum Verbandstag nicht weniger als 77 eigentliche Arbeiterinnen, die dadurch gewiß ihr Interesse am Verbandstag und seinen Verhandlungen in schönster Weise an den Tag legten. An die Diskussion nach den Vorträgen hat es gezeigt, daß die erschienenen Arbeiterinnen auch recht mit klarem sozialen Bewusstsein in der Bewegung mitwirkten. Unter den übrigen zahlreich erschienenen Gästen noch herangezogen Frau Gustin zu Weilingen-Gleiberg-München, Frau Gräfin Mangels-Berlin, Frau Baronin von und Rodman-München und Frau Dr. Müller, Medizinerin und Präsidentin der Arbeiterinnenvereine Badens. Der Vorsitz wurde dem badiischen Diözesanpräses Dr. Neuhäuser übertragen. Sodann über Verbandspräsidenten Landtagsabgeordneter Walterbach-München erfolgte der Jahresbericht der Verbandsleitung, der ein erfreuliches Bild vom letzten verfloßenen Jahre gab. Der statistische Jahresbericht hat vor kurzem die entsprechenden Belege des erfreulichen Wachstums der Mitgliedschaft bekannt gegeben. Das Sekretariat der Arbeiterinnenvereine (Sekretärin Frau Fräulein Stuber) hat das Jahr über tüchtig gearbeitet im ganzen Verbandsgebiet. Neue neue Vereine sind von ihm aus gegründet worden und was ebenso wichtig ist, die schon bestehenden Vereine haben durch persönliche Hilfsmaßnahmen neue Festigung erfahren. In den Verbandsberichten knüpfte sich eine rege Debatte, die das erfreuliche Bild bot, daß man unter katholischen Arbeiterinnenbewegung von allen Seiten — die durchaus freundliche Stellungnahme der höchsten kirchlichen Behörden sei besonders hervorzuheben — immer regeres Interesse entgegenbringt.

Das eigentliche Thema des Tagesgesprächs war dann das in jeder Beziehung folgende Referat des hochw. Herrn Dr. Schieba-München, das behandelte: „Arbeiterinnen-Vereine und Jugendfragen“. Die Kernpunkte seines Referates waren: Die jugendlichen Arbeiterinnen von 14 bis 17 Jahren haben in der gegenwertigen Lage eine besondere Fürsorge notwendig. Das Elternhaus, Schule und Kirche haben auf das arbeitende junge Mädchen nicht mehr den weitreichenden Einfluß, es vor den Gefahren des Alltagslebens zu bewahren, es zu erziehen und fördern sollen ihm an die Hand gehen die älteren Geschlechtsgenossinnen. Eigene Erfahrung gibt diesen die Möglichkeit, das junge Mädchen vor Gefahren und schlimmen Schicksalen zu warnen, ihm Freundschaft zu werden in allen Tagen des Lebens. In erster Linie und in unmittelbarer Weise kann und soll die ältere Arbeiterin Freundschaft und Erziehung des jungen Mädchens werden; sind sie sich doch bei der Arbeit auch Kolleginnen mit den gleichen Interessen. Versucht man es aber, daraufhin die jungen Mädchen unter 17 Jahren ohne weiteres in den Arbeiterinnenvereinen aufzunehmen, Charakter und Lebensgemeinschaften beider sind gleichwohl noch zu verschieden, als daß beide in demselben Verein ihr Recht und ihre Zufriedenheit finden könnten. Der Referent fordert darum eigene weibliche Jugendvereine, die in engerer Hilfsleistung mit den Arbeiterinnenvereinen wirken sollen. Die Diskussion über das Referat wurde nachmittags um 3 Uhr eröffnet; sie war eifrig lebhaft. Es ergab sich aus dem Referat und der Diskussion wurde erzielt eine klare Stellungnahme der Arbeiterinnenvereine zur Jugendfrage, die bisher noch fehlte. In einer Resolution wurde dieses Ergebnis niedergelegt. Diefelbe hat folgenden Wortlaut:

„Der 5. Verbandstag der süddeutschen katholischen Arbeiterinnenvereine fordert die Verbandsvereine auf, an der Sammlung der im Erwerbsleben stehenden jugendlichen Mädchen in eigenen selbständigen Jugendvereinen mitzuwirken. Um die Ueberführung der jugendlichen mit dem 17. Lebensjahre in die sozialen Standesbewegungen zu sichern, hält der Verbandstag ein freundliches Zusammenarbeiten der Vorstandskräfte der Arbeiterinnenvereine und Jugendvereine für notwendig. Zu diesem Zweck ist dahin zu streben, daß die Vereine der katholischen weiblichen erwerbsfähigen Jugend im engeren Zusammenhang mit der Standesorganisation tätig sind.“

Begünstigt der von der Kommission des Reichstages vorgeschriebenen Änderungen in der Reichsversicherungsordnung wurden eine Reihe von Wünschen in einem

Baden-Württemberg



# Einladung

zur Erneuerungs- und Ergänzungswahl der Weisiger des Gewerbegerichts.

Die Amtszeit folgender Herren Weisiger des Gewerbegerichts  
a) aus dem Stande der Arbeitgeber:  
1. Anselment, Ludwig, Blechschmied,  
2. Bonning, Karl, Buchdruckereibesitzer,  
3. Grieb, Philipp, Bauunternehmer,  
4. Kadner, Heinrich, Schuhmachereibesitzer,  
5. Koster, Karl, Friseur,  
6. Müller, Wilhelm, Schneidermeister;  
b) aus dem Stande der Arbeitnehmer:  
1. Leif, Karl, Schneider,  
2. Zappert, Bruno, Schreiner,  
3. Freyer, Josef, Schriftföhrer,  
4. Leonhardt, Johann Georg, Sattler,  
5. Röhlinger, Georg, Zimmermann,  
6. Winterfinger, Josef, Monteur.

Ist abgelaufen; ferner ist seit der letzten Wahl der Weisiger aus dem Stande der Arbeitnehmer Weinländer, Friedrich, Buchbinder, dessen Amtszeit a. H. noch nicht abgelaufen ist, ausgeschieden. Es sind daher gemäß §§ 3 und 5 des Ortsstatuts über das Gewerbegericht Erneuerungs- und Ergänzungswahlen für die vorkommend ausgeschiedenen Weisiger vorzunehmen.

Diese Wahlen finden am **Dienstag den 26. Juli d. J., von vorm. 9 Uhr bis nachm. 2 Uhr Mitt.** zu wählen sind:

- a) mit Amtsdauer bis Ende 1915:  
6 Weisiger aus dem Stande der Arbeitgeber und  
6 Weisiger aus dem Stande der Arbeitnehmer;  
b) mit Amtsdauer bis Ende 1912:  
1 Weisiger aus dem Stande der Arbeitgeber.  
Die Wahl der Weisiger aus dem Stande der Arbeitgeber liegt den Arbeitgebern, die Wahl der Weisiger aus dem Stande der Arbeitnehmer dem Arbeiter vor.

Die Wahlberechtigung der Arbeitgeber ist in zwei Abteilungen, die der Arbeitnehmer in neun Abteilungen aufgestellt. Zur Leitung der Wahl ist für jede Wahlabteilung ein Wahlschlichter bestellt.

Die einzelnen Wahlabteilungen, die Wahllokale und die Zusammenfassung der Wahlschlichter sind wie folgt bestimmt: Es wählen

Wahlabteilung	Wahllokal	Zusammenfassung der Wahlschlichter	
		Vorsitzender	Weisiger
1. Wenn sich die Betriebsstätte nicht in der Straße befindet.	Turnhalle der Schiller-Schule, Kapellenstr. Nr. 1.	Blum, Ernst, Postfachmeister, Stadtl.	1. Ebbode, G., Schreinermeister, 2. Finl, Konr., Drehermeister, 3. Nagel, Ed., Bauunternehmer, 4. Ebbode, O., Buchbindermeister.
2. Wenn sich die Betriebsstätte westlich der Karl-Friedrich- und Ertlingerstraße und in den Stadtteilen Weiertheim, Grünwinkel und Daglanden befindet.	Turnhalle der Leopold-Schule, Leopoldstr. Nr. 9.	Teigmann, Ernst, Tapeziermeister.	1. Klein, S., Tapeziermeister, 2. Petri, Karl, Tapeziermeister, 3. Rozer, Ed., Sattlermeister, 4. Feist, B. H., Buchbindermeister.

b) Arbeitnehmer:  
Wenn sich die Betriebsstätte in der Straße befindet:  
1. In der Weststadt: westlich der Durlacher Tor und der Kapellen-Straße, südlich der Krieg-Str., südlich der Ertlinger-Str. (diese eingeteilt) und im Stadtteil Rippurr. (Ausgenommen sind hier Eisenbahnbetriebswerkstätte einchl. bahnelekt. Werk u. Eisenbahnmagazine).
 Turnhalle der Adell-Schule, Markgrafentstraße 23. | Anselment, Ludwig, Hofschlossermeister, Stadtl. | 1. Doler, Karl, Schlossermeister, 2. Rein, Erh., Schlossermeister, 3. West, Wilh., Glasmeister, 4. Kuppberger, Karl, Bildh. |

2. In der Oststadt: westlich der Durlacher Tor und der Kapellen-Straße (diese eingeteilt) bis mit Karl-Friedrichstraße, südlich der Krieg-Str., südlich der Ertlinger-Str. (diese eingeteilt) und im Stadtteil Rippurr. (Ausgenommen sind hier Eisenbahnbetriebswerkstätte einchl. bahnelekt. Werk u. Eisenbahnmagazine).
 Turnhalle der Adell-Schule, Markgrafentstraße 23. | Weiß, Wilh., Schlossermeister, Stadtl. | 1. Seil, G. A., Schlossermeister, 2. Kana, Ferd., Schlossermeister, 3. Erath, Hermann, Schmied, 4. Freund, Richard, Konditor. |

3. In der Eisenbahnbetriebswerkstätte einchl. bahnelekt. Werk und den Eisenbahnmagazine.
 Turnhalle der Schützenstr.-Schule. | Geel, Eugen, Stadtrat. | 1. Neukler, Alb., Blechschmied, 2. Buchschlag, Carl, Friseur, 3. Kling, Ad., Schlossermeister, 4. Schlachter, Aug., Schlossermeister. |

4. In der Eisenbahnbetriebswerkstätte einchl. bahnelekt. Werk und den Eisenbahnmagazine.
 Turnhalle der Schützenstr.-Schule. | Rudi, Karl, Schreinermeister, Stadtl. | 1. Brand, S., Schlossermeister, 2. Blodner, Rob., Schlossermeister, 3. Kögeler, H., Schlossermeister, 4. Schönbauer, Christof, Photograph. |

5. Desgl. Anfangsbuchstaben N bis Z.
 desgl. | Beiser, Karl, Architekt. | 1. Grote, G., Schlossermeister, 2. Roth, Ferd., Schlossermeister, 3. Schaber, Ludwig, Schlossermeister, 4. Wagner, Wilh., Blechschmied. |

6. In der Weststadt, westlich der Karl-Friedrichstraße bis mit Westendstraße, nördlich der Kriegstraße (diese eingeteilt).
 Postlokal, Schillerstr. 18. | Schleich, W., Stadtrat. | 1. Christ, Ph., Schlossermeister, Stadtl., 2. Frommer, W., Schlossermeister, Stadtl., 3. Kirchenbauer, Leop., Bauunternehmer, 4. Hofmann, H. B., Buchbindermeister. |

7. In der Südweststadt, südlich der Kriegstraße und Weinbrennerstraße (letztere eingeteilt), westlich der Ertlingerstraße bis zur Poststr. einchl. Wannengasse und im Stadtteil Weiertheim.
 Turnhalle der Gärtenstr.-Schule, Gärtenstr. 22. | Edelmann, Oskar, Fabrikant, Stadtl. | 1. Behnte, D., Schlossermeister, 2. Högl, G., Schlossermeister, 3. Seif, S., Schlossermeister, 4. Frank, G., Schlossermeister. |

Wahlabteilung	Wahllokal	Zusammenfassung der Wahlschlichter	
		Vorsitzender	Weisiger
8. In der Weststadt, westlich der Westendstraße, bis mit Westendstraße, nördlich der Kriegstraße (diese eingeteilt) und der Weinbrennerstraße.	Turnhalle der Gutenbergschule, Kaiser-Allée Nr. 65, Eingang Weststr.	Stibb, Franz, Schlossermeister, Stadtl.	1. Baum, Jul., Schlossermeister, 2. Dier, Karl, Schlossermeister, 3. Barth, S., Fabrikant, 4. Herrmann, Franz, Maurermeister.
9. Im Stadtteil Mühlburg, westlich der Karlsruher Straße, südlich der Grünwinkel- und Daglanden.	Turnhalle der Mühlburger Schule, Grünwinkel 3.	Baroiz, Karl, Schlossermeister, Stadtl.	1. Almen-dinger, Emil, Schlossermeister, 2. Haag, Emil, Schlossermeister, 3. Walder, O., Schlossermeister, 4. Frey, Jul., Schlossermeister.

Mahgebend ist jeweils die Betriebsstätte, in welcher der Wähler zur Zeit der Anmeldung zur Wahl (25. April bis 11. Mai d. J.) beschäftigt war.

Wahlberechtigt sind diejenigen dem Deutschen Reich angehörigen gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben und in der Gemarkung Karlsruher Wohnung oder Beschäftigung haben.

Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebs oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich.

Als Arbeiter gelten diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche der siebente Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet. Im gleichen gelten als Arbeiter auch Betriebsbeamte, Buchhalter und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Vorgesetzter ein Arbeiter ist.

Als Arbeiter gelten diejenigen, welche hinsichtlich der Wahlberechtigung und der Wahlbarkeit für das Weisigeramt ohne Rücksicht auf die Zahl der von ihnen beschäftigten Personen als Arbeiter, wenn sie nicht neben dem Hauptgewerbe ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben.

- Personen, welche die Befähigung zum Amt eines Schlichters infolge strafgerichtlicher Verurteilung verloren haben (§§ 31, 33, 35 und 36 des Strafgesetzbuches).
- Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechen oder Vergehens eröffnet ist, das die Abfertigung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann.
- Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Befähigung über ihr Vermögen beschränkt sind;
- Gehilfen oder Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften (happen sind gewerbliche Arbeiter in solchen Geschäften, a. V. Stöber in Apotheken, Bader, Publizisten usw. wahlberechtigt);
- Arbeiter, welche in den unter der Militärverwaltung stehenden Betriebsanlagen beschäftigt sind;
- Personen weiblichen Geschlechts.

Wahlbar sind die gewerblichen Arbeitgeber und Arbeiter, welche das 20. Lebensjahr vollendet, im letzten der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder solche empfangen haben und im Bezirk der Stadt Karlsruhe seit mindestens zwei Jahren wohnen oder beschäftigt sind.

Nicht wahlbar sind Reichsausländer und die vorkommend unter Biffer 1-6 aufgeführten nicht wahlberechtigten Personen.

Zur Stimmabgabe werden nur diejenigen zugelassen, welche in den Wahllisten nach vorchriftsmäßiger Anmeldung eingetragen worden sind.

Das Wahlrecht kann nur in Person ausgeübt werden. Die zur Stimmabgabe sich meldenden Personen haben sich vor dem Wahlschlichter, falls derselbe deren Pässeinlicht beauftragt, hierüber auszuweisen. Daraus genügt die Bescheinigung über die nach Paragraph 14 der Gewerbeordnung erfolgte Anmeldung des Betriebs oder die letzte Steuerquittung; für Arbeitnehmer genügt ein Zeugnis des Arbeitgebers oder der Polizeibehörde; die Anerkennung anderer Beweismittel bleibt dem Ermessen des Wahlschlichters überlassen.

Indem wir die wahlberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer hiermit zur Teilnahme an der Wahl einladen, fordern wir dieselben gleichzeitig gemäß § 27 des Ortsstatuts über das Gewerbegericht zur Einreichung der Wahlvorschlagslisten auf und weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Stimmabgabe bei den Wahlen auf die eingereichten Listen beschränkt bleibt und dass nur solche Listen berücksichtigt werden, welche spätestens zwei Wochen vor der Wahl, also vor dem 12. Juli d. J., eingereicht sind.

Die Vorschlagslisten sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesondert anzufertigen. Sie müssen in einer Überschrift diejenige Wählergruppe kenntlich machen, von welcher sie hergeleitet werden, und von mindestens 20 wahlberechtigten Arbeitgebern bzw. Arbeitnehmern unterschrieben sein.

Die Vorschlagslisten der Arbeitgeber müssen 6 Namen, die der Arbeitnehmer 7 Namen enthalten.

Die Vorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Einganges mit Ordnungsziffern versehen und mit diesen und der Bezeichnung der Wählergruppe von uns spätestens 8 Tage vor der Wahl veröffentlicht.

Karlsruhe, den 24. Juni 1910.  
Der Stadtrat.  
Dr. Vorhmann. Raab.

**Städtisches Bierordtbad.**  
**Gründlicher Schwimmunterricht**

wird erteilt an Erwachsene und Kinder beiderlei Geschlechts.

Preis für Erwachsene 10 Mk.  
" " Kinder unter 14 Jahren 6 Mk.

**Sanften, langanhaltenden Schnitt**  
garantiert meine Spezial-Marko Hummel-Rasiermesser.  
In allen Breiten vorrätig!  
Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältigst fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärt.

**Karl Hummel, Werderstrasse 13.**

**Wichtig für Architekten, Ingenieure, Bau- und Verm.-Bureaus.**  
Billigste Vervielfältigung von Plänen, Zeichnungen und Karten jeder Art für Patentangaben und Vorlagen für Behörden.

**J. Dolland, Karlsruhe, Viktoriastraße 18. — Telephon 1612.**  
Chemigraphische Vervielfältigungs-Anstalt mit elektrischem Betrieb.

**Ernte-Schweizerkäse**  
1/4 Pfund 20 Pfg., 1 Pfund 70 Pfg., bei 5 Pfund 65 Pfg. per Pfund empfiehlt

**Telephon 2107. Alois Zanetti, Kaiserstraße 64.**  
Butter und Käse-Engros und Detail.

# Sonder-Angebot

vom 23. Juni bis 3. Juli d. J.

Eine Partie Damen- u. Herrenkleiderstoff-Resten.  
Eine Partie fertige Schürzen u. Unterröcke.  
Eine Partie Schweizer Stickerei-Blousen u. Roben.

Fertige Damenwäsche,  
**Mühlhauser Zengreste.**

Alles zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Außerdem **10% oder doppelte Rabattmarken.**  
NB. Beschäftigung ohne Kaufzwang gerne gestattet.

**Emil Scherer, Sophienstraße 166, 1. Trepp,**  
neben der Apotheke.  
Kein Laden, deshalb billiger.

# XXIV. Verbands-Schießen.

Eintrittskarten zum Schützenfestplatz zu ermäßigten Preisen im Vorverkauf. Couponhefte mit 10 Coupons zu Mk. 1.50 sind zu haben in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

An der Kasse einmaliger Eintritt 20 Pfennig, des abends von 6 Uhr ab und an den beiden Sonntagen 30 Pfennig.

Der Geschäftsführende Ausschuss.

# Dampf-Bettfedern-Reinigung

Karlsruhe-Mühlburg.

Sorgfältige, fachmännische Behandlung jeden Auftrages, daher höchster von feiner Seite erreichter Reinigungsgrad.

Absolute Garantie für Gewicht und Qualität des Federmaterials. Abholung und Mülllieferung kostenlos Wohnung.

**Wilhelm Ruf, Tapezier- und Bettengeschäft,**  
Sedanstrasse 6, Haltestelle der Straßenbahn.

# Schuh-Bruder's

Reparatur-Werkstätte

ist die beste und billigste fertigt Herren-Sohlen und Fieck für Mk. 3.—

Anaben: " " Fieck für 2.60  
Damen: " " Fieck für 2.20

Kinder-Sohlen und Fieck je nach Größen auch sehr billig. Alle Arbeit wird mit starkem oder mittlerem Giden-Loch-Sohlenleder in janderer Ausführung, schnellster Bedienung und nach jedem Wunsch hergestellt beim

**Ad. Bruder, Schuhmachereimer.**

Amalienstraße 25 a.

NB. Meiner wertigen Kundenschaft zur Nachricht, daß ich jetzt schon längere Zeit ununterbrochen auf eigene Rechnung weiter führe und mit dem Schuhwaren-Konturs, welcher durch ungerechtes, plötzliches Vorgehen meines Hauptlieferanten herbeigeführt wurde, nicht im Zusammenhang oder Verrechnung steht

# Haushälterin-Stellegefnh.

Fräulein, 44 Jahre alt, aus gutem Hause, welche bis jetzt schon längere Zeit Geisil. den Haushalt geführt, wünscht wieder ähnliche, bleibende Stellung. Gute Zeugnisse vorhanden. Gegen des Schwarzwald oder Bodensee bevorzugt. Eintritt könnte sofort oder 1. Juli geschehen. Angebote unter Nr. 669 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# Günstige Gelegenheit

für jüngeren

# kathol. Arzt

durch Uebernahme einer sehr lohnenden und noch bedeutend erweiterten Tätigkeit

# Praxis

in der Nähe größerer Städte an der badischen Hauptbahn. Jahres-einnahme 9-10 Mille, darunter 4 Mille Fixa. Uebernahme eines hübschen Hauses bei mindestens 8 Mille Anzahlung.

Angebote unter Nr. 664 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

# Montag 4. Juli d. Js.

beginnen

**neue Kurse.**

Auswärtige Schüler erhalten durch unsere Vermittlung Fahrpreisermässigung.

Nachweisbar erfolgreiche kostenlose Stellenvermittlung.

Ausführliche Auskunft und Prospekt gratis durch die

Handelslehranstalt und Töchterhandelschule

**„Merkur“**

Karlsruhe, Kaiserstr. 113  
Telephon 2018.

Möbliertes Zimmer auf sofort oder später zu vermieten. Schützenstraße 21, IV.